

30.04.2011, 12:17

Studiengebühren

Unis misstrauen Grün-Rot

Nun schafft auch Baden-Württemberg die Studiengebühren ab. Das Land will den Hochschulen die Einnahmen ersetzen. Doch die Unis sind skeptisch. von *Marion Schmitt*
Hamburg

Am Mittwoch hat die neue grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg ein teures Wahlversprechen eingelöst: Im Koalitionsvertrag verspricht sie, Studenten ab Sommer 2012 von Studiengebühren zu befreien. Bislang zahlen sie 500 Euro im Semester. Gleichzeitig wird der Landeshaushalt mit mindestens 130 Mio. Euro belastet. So viel nehmen die Hochschulen derzeit jährlich aus Studienbeiträgen ein. Die neue Regierung hat versprochen, ihnen das fehlende Geld aus Steuermitteln zu ersetzen - doch sie sagt nicht, wie lange und in welcher Höhe.

Baden-württembergische Hochschulen befürchten nun, dass die Kompensationszahlungen nicht ausreichen oder aber mittelfristig wegfallen und dass sich dadurch die Studienbedingungen verschlechtern. Studiengebühren werden zur Verbesserung der Lehre eingesetzt, davon werden Bücher und Laptops angeschafft, Tutoren und Professoren eingestellt. Markus Voeth, Marketingprofessor an der Uni Hohenheim, geht davon aus, dass die Kompensationszahlungen nicht lange fließen werden: "Da wird zwei, drei Jahre der Deckel draufgehalten, und bei ersterbesten Gelegenheit wird das gestrichen." Sollte das passieren, "werden wir uns wehren", sagt Horst Hippler, Rektor des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT). "Wir rechnen fest mit den Gebühren." Wenn etwa die neue Landesregierung die Summe bei 130 Mio. Euro festlege und nicht die steigende Zahl von Studenten in den kommenden Jahren berücksichtige, "dann werden wir die Zahl der Studienanfänger reduzieren müssen", so Hippler, der auch Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz ist. "Das wird ein Problem geben."

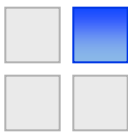


Studienbeiträge in Deutschland

Grundlos sind die Befürchtungen nicht. Schon einmal, vor zwei Jahren, hat es die baden-württembergischen Hochschulen kalt erwischt. Damals beschloss die Landesregierung, dass Studenten, die mindestens zwei Geschwister haben, keine Studiengebühren mehr zahlen müssen. Plötzlich brachen den Hochschulen rund 50 Mio. Euro weg. Die damals noch oppositionelle SPD tonte daraufhin, man müsse den Unis das Geld ersetzen. "Wir sind gespannt, ob sie sich jetzt noch an dieses Versprechen erinnern", sagt Hippler.

Wie schnell sich die Politik von Versprechungen verabschiedet, zeigt auch der Fall Hessen. Dort hatten SPD und Grüne zusammen mit der Linken 2008 Studiengebühren gekippt und die Ausfälle aus dem Landeshaushalt ausgeglichen. Eben diese Summe wurde den Hochschulen des Landes ein Jahr später aus dem Wissenschaftsetat gekürzt.

Auch in Hamburg hat Katrin Vernau, Kanzlerin der Uni Hamburg, gesehen, wie wenig sich Hochschulen auf die Politik verlassen können. "Die Erfahrungen sind bislang eher ernüchternd." In der Hansestadt wurden 2007 Studiengebühren eingeführt, 500 Euro im Semester. Danach wurden jedes Jahr die Regelungen geändert, verbunden "mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand", so Vernau. Erst wurden die Gebühren auf 375 Euro reduziert, Studenten sollten zudem erst nach ihrem Abschluss zahlen müssen. Die damalige schwarz-grüne Koalition versprach, die Verluste zu kompensieren.



Ab Herbst 2009 wurden diese Zahlungen dann sukzessive runtergefahren, die steigenden Studentenzahlen wurden nicht berücksichtigt. Ein Jahr später entschied der Hamburger Senat dann, die Kompensation ab 2011 ganz zu streichen. Die Hochschulen sollten zudem die Kosten für Stundungen übernehmen, immerhin 3,5 Mio. Euro jährlich für die Uni. Der neue SPD-geführte Senat in Hamburg hat jetzt entschieden, die Gebühren ganz abzuschaffen und die Einnahmeverluste aus dem Haushalt auszugleichen. Vernaus ist skeptisch: "Wir brauchen Planungssicherheit, um die Studienbedingungen nachhaltig zu verbessern."

Da können sich auch die Hochschulen in Bayern und Niedersachsen nicht mehr sicher sein. Das sind die beiden letzten Länder, in denen auch weiterhin Gebühren erhoben werden. Sie geraten jetzt stark unter Druck.

Niedersachsens Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) will zwar an Studienbeiträgen festhalten, fürchtet jedoch die nun aufflammende Diskussion. "Es wird auf jeden Fall schwieriger", sagt sie, wenn nur noch zwei Bundesländer ihre Studenten zur Kasse bitten. "Das Thema eignet sich exzellent für Wahlen", sagt Markus Voeth. SPD und Grüne hätten nun in mehreren Bundesländern gesehen, dass sich damit Wahlen gewinnen lassen, "das werden sie auch in Bayern und Niedersachsen

einsetzen", so Voeth. Er glaubt: "Das Thema Studiengebühren ist in Deutschland tot - da traut sich so bald keiner mehr dran."

Voeth kündigt an, im nächsten Jahr eine Umfrage unter Studenten zu machen an Unis, an denen die Gebühren abgeschafft wurden. Er will wissen, wie zufrieden sie mit ihren Studienbedingungen sind und was sich verändert hat. Voeth ist überzeugt: "Die Studenten werden Gebühren erst lieben, wenn sie nicht mehr da sind."

Gebühren brechen weg

Ein Jahr nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot von Studiengebühren gekippt hatte, wurden Ende 2006 zunächst in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, später auch in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und im Saarland Studienbeiträge von bis zu 500 Euro eingeführt. In Hessen wurden sie 2008 wieder abgeschafft, im Saarland 2010. In NRW werden ab Herbst 2011 keine Gebühren mehr fällig, in Baden-Württemberg zum Sommersemester 2012, in Hamburg zum Wintersemester 2012. Nur noch in Bayern und Niedersachsen zahlen Studenten für ihr Studium.